Presseerklärung der Bundespressekonferenz e. V.

19. Juni 2017 / 02

**Verwunderung und Unverständnis über Neuregelung der Zugangsregeln zum Bundestag**

Der Vorstand der Bundespressekonferenz dankt dem Bundestag, frühzeitig in die Überlegungen zu neuen Sicherheitsvorkehrungen eingebunden worden zu sein. Das bezog sich jedoch leider nur auf die geplanten neuen Ausweise, nicht auf den Umstand, dass nun sämtliche BPK-Mitglieder Sicherheitsüberprüfungen wie an Flughäfen unterzogen werden sollen. Der Vorstand der Bundespressekonferenz fordert, sich an den Sicherheitsvorkehrungen der Bundesregierung zu orientieren. Auch dort gibt es die Kontrolle größerer Taschen und von Kamera-Equipment. Die Gefährdungseinschätzung der Sicherheitsprofis in den Bundesministerien geht jedoch bei weitem nicht so weit, wie dies nun die Polizei des Bundestages sieht. Der Vorstand der Bundespressekonferenz bedauert ausdrücklich, dass die neuen Regeln vom Geist eines grundsätzlichen Misstrauens geprägt sind und erwartet vom Ältestenrat, Einschränkungen der in Jahrzehnten bewährten Form der Berichterstattung und der damit verbundenen Bewegungsfreiheit in Gebäuden des Bundestages nicht zuzulassen. Das gilt etwa für das erstaunliche Verbot, über die Architektur des Bundestages (Kuppel) zu berichten.

Zudem bedauert der Vorstand der Bundespressekonferenz außerordentlich, dass der Bundestag die bewährte Kooperation mit der Bundesregierung im Bezug auf die gemeinsamen Ausweisregelungen aufgekündigt hat. Natürlich haben auch Hauptstadtkorrespondenten ein großes Verständnis dafür, dass angesichts der veränderten Sicherheitslage auch die Zugangsregelungen überprüft werden müssen. Mit Befremden nimmt der Vorstand jedoch zur Kenntnis, dass es auch hier auf der Seite des Bundestages zu einer Gefährdungseinschätzung kommt, die die Bundesregierung nicht teilt. Das Bundespresseamt hat bestätigt, am Prinzip des Legislaturperioden-Ausweises festhalten zu wollen, da dieser sich bewährt hat. Damit fallen drei Mal 900 Ausweiserstellungen weg, ohne die Sicherheitsvorkehrungen zu verändern. Die Bundespressekonferenz protestiert gegen die Beschränkung auf Jahresakkreditierungen für den Bundestag und bittet den Ältestenrat, diese Entscheidung im Lichte der  Verhältnismäßigkeit und nicht zuletzt auch unter Gesichtspunkten von Aufwand und Kosten zu überprüfen.

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

**Bundespressekonferenz e. V.**
Pressehaus / 0103
Schiffbauerdamm 40
10117 Berlin

Tel. 030 220799-0
Fax 030 220799-22
<http://www.bundespressekonferenz.de>
berlin@bundespressekonferenz.de